

Der Freund fehlte

Monatelang kaufte die Bundesbank den Banken und Sparern für insgesamt 7,6 Milliarden Mark Staatsanleihen ab. Jetzt stellte sie den Ankauf ein und gefährdet damit den Wirtschaftsaufschwung.

Zum Abendessen im Kanzler-Bungalow waren die fünf Herren aus Frankfurt ohne ihren Präsidenten gekommen. Karl Klasen, Chef der Deutschen Bundesbank, hatte seine Direktionskollegen am vorletzten Donnerstag allein zum Treffen mit seinem Duzfreund Helmut Schmidt fahren lassen, weil er wegen einer ernsthaften Erkrankung in die Kurklinik mußte.

„Das Fehlen von Karl Klasen“, so klagte ein Apel-Berater nach der Besprechung, an der außer Wirtschaftsminister Hans Friderichs und Finanzminister Hans Apel nur noch drei Staatssekretäre teilgenommen hatten, „spürt man doch sehr.“ Ungebremst durch den Kanzler-Freund, der sonst seine Zentralbanker auf Kompromisse mit Bonn einzuschwören pflegte, trugen die Wortführer der Frankfurter Gäste, Bundesbank-Vizepräsident Otmar Emminger, der für Kapitalmarkt zuständige Direktor Heinrich Irmeler und Helmut Schlesinger, der Chef-Volkswirt unter den Währungshütern (ein Teilnehmer: „Alles sehr beredete Herren“), ihre konjunkturpolitischen An- und Absichten vor.

Das Fazit der Abendunterhaltung beschrieb ein Bonner Experte so: „Die Bundesbank ist die Institution, die bestimmt, was hier wirtschaftspolitisch gemacht wird.“

Am vergangenen Donnerstag, eine Woche nach der Unterredung mit dem Kanzler, machten die Bundesbank-Direktoren, was sie dem Kanzler zuvor angekündigt hatten: Sie stoppten die sogenannte Offenmarktpolitik mit öf-

fentlichen Anleihen. Seit Monaten hatten die Währungshüter jene langfristigen Bundes-, Bahn- und Postanleihen aufgekauft, von denen sich die Ersterwerber, meist Bankiers, aber auch einige Privatkunden aus panischer Angst vor Kursverlusten trennen wollten.

Vor allem die Bankiers bestärkten sich ständig gegenseitig in der Furcht, daß die Staatsdefizite im nächsten und übernächsten Jahr (1976 voraussichtlich: 78,5 Milliarden) die Inflationsrate, die derzeit auf sechs Prozent gesunken ist, wieder steigern und damit auch die Kapitalmarktzinsen nach oben drücken könnten. Dann aber würden die niedriger verzinslichen Anleihen nicht mehr so gefragt sein und deshalb an Kurswert einbüßen.

Mit den amtlichen Wertpapierkäufen für insgesamt 7,6 Milliarden Mark, die Bundesbank-Präsident Klasen einmal „versehentlich in einer Pressekonferenz angekündigt hatte“ (ein Bonner Geldspezialist) und deshalb auch durchhalten ließ, wollten die Frankfurter Geldpolitiker an sich nur diese Zins-Spekulanten besänftigen und gleichzeitig die Finanzierung der öffentlichen Defizite erleichtern. In den vergangenen Wochen freilich entdeckten die Zentral-Bankiers, daß die Kaufaktion gesetzeswidrig sei. „Wir dürfen“, so behauptet Bundesbankdirektor Helmut Schlesinger, „nur zur Regulierung des Geldmarktes, nicht aber zur Finanzierung des Staatshaushalts Offenmarktpolitik betreiben.“

„Diese Interpretation des Bundesbankgesetzes“, erregte sich der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Herbert Ehrenberg, „ist töricht.“ Und er warnte: „Wenn die Bundesbank auf dieser Auslegung beharrt, muß man das Gesetz präzisieren.“

Bis dahin jedoch könnten die Bundesbankiers, so fürchtet etwa der Generalbevollmächtigte der Dresdner Bank, Kurt Richebächer, längst den jetzt möglich erscheinenden Konjunkturaufschwung abgewürgt haben. Denn da die Bundesbank die Stützungskäufe für

Staatspapiere stoppte, sinken die Kurse, und entsprechend steigen die Zinsen; damit aber bleibt eine der Ursachen für die Investitionsunlust bestehen.

Ohnedies konnten die Bundesbanker bisher das Ziel, das sie sich selber setzten — eine Ausweitung der Zentralbankgeldmenge, die das gesamtwirtschaftliche Kaufvolumen begrenzt, um acht Prozent in diesem Jahr —, nur ganz knapp erreichen. In den Monaten von April bis August stieg die Zentralbankgeldmenge sogar nur mit einer Jahresrate von vier bis fünf Prozent. Künftig könnte die Geldvermehrung, die für den Aufschwung dringend nötig ist, noch kleiner ausfallen, wenn Frankfurt keine Staatspapiere mehr aufkauft.

Wenn die Währungshüter auf Offenmarktkäufe fast verzichten, können sie nur noch auf ganz althergebrachte Art versuchen, Geld unter die Leute zu bringen: etwa durch hohe sogenannte Rediskont-Kontingente, die festlegen, wieviel Handelswechsel ein Bankier unter Abzug eines Abschlags (Diskont) bei der Frankfurter Zentrale zu Geld machen kann. Doch das Geldangebot wird nur genutzt, so weiß Karl-Heinz Ketterer, der Geldspezialist des Münchner Ifo-Instituts, „wenn der Aufschwung schon in vollem Gang ist“.

Und auch jene Gelder, die dadurch frei werden, daß die Notenbank die sogenannten Mindestreserven (jene Bank-einlagen, die Geldverleiher zinslos bei der Bundesbank einfrieren müssen) senkt, kommen nicht automatisch der Wirtschaft in Form verbilligter Kredite zugute. „Damit wird meist erst einmal“, so Richebächer, „der Gewinn der Banken aufgestockt.“ Nur die Wertpapierkäufe, die von den Zentralbankiers jetzt abrupt eingeschränkt wurden, gelten überall in der Welt als sicheres Mittel, Geld in die Wirtschaft zu lenken und damit den Aufschwung anzuregen.

Denn jene Sparer und Bankiers, denen die Notenbank Wertpapiere ab-

Sitzung des Zentralbankrats: „Es ist unheimlich dilettantisch, auf diesen Mechanismus zu verzichten“



kauft, werden normalerweise das Bargeld, das sie dafür bekommen, nicht horten, sondern damit relativ schnell andere Vermögenswerte oder Konsumgüter kaufen. „Es ist unheimlich dilettantisch“, so urteilt Richebächer, „auf diesen Mechanismus zu verzichten.“

Die unmittelbaren Folgen des Verzichts beschreibt Ifo-Experte Ketterer: „Die Leute mit den Zinserhöhungs-Erwartungen fühlen sich erst einmal bestärkt, damit wird auch das psychologische Klima bei der Konjunktur wieder schlechter.“

Die Runde im Kanzleramt, mit der die Zentralbankiers ihre gefährliche Aktion besprochen hatten, gab den Währungshütern zu bedenken, sie sollten wenigstens zugleich den Diskontsatz, den amtlichen Leitzins für Handelswechsel, senken. Die Frankfurter lehnten die Bitte rundweg ab. Die Aufschwungkräfte in der Wirtschaft, so behaupteten sie, seien schon so stark, daß eine Senkung des Abschlages, den Bankiers hinnehmen müssen, wenn sie Handelswechsel bei der Bundesbank eintauschen, inflatorisch wirken könnte.

„Dabei ist dieser Aufschwung“, so resigniert ein Kanzler-Berater, „nicht viel mehr als eine Hoffnung.“ Selbst die Hoffnung kann bald zerrinnen: „Falls diese Geldpolitik fortgesetzt wird“, behauptet Kurt Richebächer, „können wir uns noch gratulieren, wenn wir im nächsten Jahr eine Stagnation bekommen.“

WAFFENHANDEL

Post für Pullach

Wegen illegaler Waffengeschäfte in den sechziger Jahren muß der Bonner Kaufmann Mertins jetzt vor Gericht. Doch die eigentlich Verantwortlichen saßen damals woanders: beim BND und im Kanzleramt.

Wenige Tage nach seiner Einstellung als Geschäftsführer der Bonner Kriegswaffenhandlung Merex AG erhielt Kaufmann Günther Laurisch in seiner Wohnung unerwarteten Besuch: Zwei Herren — sie stellten sich unter den Namen „Köster“ und „Schwabach“ als Mitarbeiter einer „Bundesdienststelle“ vor — forderten den zunächst Verständnislosen auf, von nun an über seine Tätigkeit gegenüber jedermann zu schweigen.

Warum er schweigen sollte, begann dem Merex-Mann schon bald danach zu dämmern, denn bei den Geschäften, die er fortan zu betreiben hatte, ging es nicht immer so ganz nach dem Buchstaben des Gesetzes zu. Und nun, neun Jahre nach jenem amtlichen Besuch, am 20. November 1975, muß er sich samt seinem Chef Gerhard Georg Mer-

tins und zwei weiteren Mitarbeitern der Merex vor Gericht verantworten. Anklage: Merex habe Flugzeuge, Geschütze, Maschinengewehre, Panzerfäuste und Minen aus Bundeswehrbeständen in Spannungsgebiete verkauft und so Kriegswaffenkontroll- und Außenwirtschafts-Gesetz verletzt.

Die zwei Bundesbediensteten aber, die diese Geschäfte eingefädelt und die beteiligten Merex-Mitarbeiter zur strengsten Verschwiegenheit verpflichtet hatten, werden, wenn überhaupt, nur als Zeugen gehört werden. Sie hießen in Wirklichkeit Hauschildt und Schneider und waren Agenten des Bundesnachrichtendienstes (BND).

Hauschildt und Schneider, dazu ihre Geheimdienst-Kollegen Hotter und



BND-Chief Gehlen
Schweigen gegenüber jedermann

Schennemann handelten, wie informierte Beamte berichten, nicht aus eigener Machtvollkommenheit, sondern „auftragsgemäß und im Rahmen der Weisungen des BND“, der damals von Ex-General Reinhard Gehlen geführt wurde. Amtshilfe leisteten, wie die Ermittler entdeckten, das Auswärtige Amt, das Verteidigungsministerium und das Wirtschaftsministerium, das Kanzleramt wurde jeweils schriftlich unterrichtet.

Die Zusammenarbeit ging so weit, daß die Merex-Sekretärinnen in den Jahren 1965 bis 1967 zweimal wöchentlich die Geschäftspost der Firma photokopieren und an den BND schicken mußten. Die engen Bindungen zum Pullacher Nachrichtendienst führten schließlich sogar dazu, daß Schneider alias Schwabach eine Sekretärin des Firmenchefs Mertins heiratete.

Wo auch immer die Merex ihre illegalen Waffengeschäfte abwickelte, ob in Saudi-Arabien, Indien oder Pakistan — der BND war immer dabei: Er knüpfte nicht nur Verbindungen zur Deutschen Bank in Köln, zum Gerling-Konzern in Bonn und zu der Speditionsfirma Schenker & Co. in Düsseldorf, um Finanzierung, Versicherung und Transport der Waffen sicherzustellen. BND-Mitarbeiter beschafften auch Papiere, vermittelten Gesprächspartner sowie Helfer im Ausland und informierten Referenten und Staatssekretäre in den Bonner Ministerien.

Der BND fand, davon sind unterrichtete Amtsstellen überzeugt, auch Mittel und Wege, Lecks in der Geheimhaltung solch ungesetzlicher Praktiken abzudichten. Als beispielsweise 1966 das Verteidigungsministerium gegen einen Referenten ermitteln ließ, der im Verdacht stand, von Waffenhändlern bestochen zu sein, sorgten die Pullacher dafür, daß die Untersuchungen nicht publik wurden. Und als 1967/68 nicht eingeweihte Beamte des Wirtschaftsministeriums gegen die Merex AG vorgehen wollten, weil die Firma bei Flugzeuglieferungen nach Indien die Ausfuhrbestimmungen umgangen hatte, intervenierten die BND-Leute erneut. Sie sorgten dafür, daß die Mertins-Firma nicht weiter behelligt wurde. Die Ermittlungen endeten mit einem schlichten Bußgeld-Verfahren.

1969 schließlich verschafften sich BND-Mitarbeiter sogar Einblick in ein Strafverfahren gegen die Merex AG. In einem Bericht an den Chef des Bundeskanzleramtes vom August 1969 gab die Gehlen-Zentrale unumwunden zu, daß der BND damals versucht habe, bei der Bonner Steuerfahndung „die Einstellung der Ermittlungen gegen die Merex AG“ zu erreichen.

Trotz dieser Verwicklung in illegale Waffengeschäfte hat die Staatsanwaltschaft bisher nicht entschieden, ob nach dem Strafverfahren gegen Mertins, Laurisch und ihre Mitarbeiter auch gegen die Agenten des BND und die über Einzelheiten informierten Referenten und Staatssekretäre der Regierung des Ex-Kanzlers Ludwig Erhard ermittelt werden soll.

Der SPD-Abgeordnete Norbert Gansel, der in der vergangenen Woche von der Bundesregierung wissen wollte, ob sie bereit sei, für die ehemaligen Staatssekretäre Karl Carstens, Karl Gumbel, Rolf Lahr, Ludger Westrick und Fritz Neef Aussagegenehmigung zu erteilen und damit der Staatsanwaltschaft die Ermittlungen wegen des „Verdachts einer strafbaren Teilnahme an illegalen Waffengeschäften“ zu ermöglichen, bekam von Kanzleramtschef Manfred Schüler hinhaltende Antwort. Schüler: Die Bundesregierung werde darüber „erst entscheiden, wenn eine Staatsanwaltschaft in einem konkreten Verfahren darum nachsucht und die Beweisthemen nennt“.